

**Protokoll**  
**über die Sitzung der Asse 2 Begleitgruppe am 10.02.2017**

---

**Sitzungstermin:** Freitag, 10.02.2017  
**Sitzungsbeginn:** 14:05 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:47 Uhr  
**Ort, Raum:** Trainings- und Weiterbildungszentrum e.V.  
Am Exer 9, 38302 Wolfenbüttel

---

**Teilnehmende:**

Landkreis Wolfenbüttel:	Frau Steinbrügge, Herr Schillmann, Frau Geffers
BMUB:	Frau Dr. Sefzig, Herr Dr. Eilers
NMU:	Herr Lauenstein, Herr Dr. Leist, Herr Rosendahl
BfS:	Herr Laske, Frau Stelljes, Herr Wilmanns
LBEG:	Herr Dr. Rückwald
Asse – GmbH:	Herr Trautmann, Frau Parlitz
Betriebsrat Asse – GmbH:	Herr Reimann
PTKA – KIT:	Herr Dr. Stacheder, Herr Bühler
Experten der AGO:	Herr Dr. Hoffmann, Herr Kreusch, Herr Dr. Krupp, Herr Prof. Dr. Bertram, Herr Neumann
Kreistag:	Herr Fricke, Frau Münch, Herr Stoppok
Samtgemeinden:	Frau Hoyer, Herr Nagel
Stadt Wolfenbüttel	Frau Münstermann-Kreifels
Stadt Salzgitter:	-
Stadt Braunschweig:	-
Bürgerinitiativen:	Herr Wypich, Herr Kramer, Frau Wiegel, Herr Wiegel, Herr Riekeberg
BUND / NABU Nds.:	Frau Jagau
Gast:	Herr Schröder

---

**Tagesordnung:**

TOP 1:	Eröffnung der Sitzung
TOP 2:	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
TOP 3:	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 4:	Situation im Begleitprozess, Frau Steinbrügge
TOP 5:	Bericht aus dem NMU
TOP 6:	Bericht aus dem LBEG
TOP 7:	AGO-Verträge

- TOP 8: Bericht aus dem BfS
- Rückholungsplanung
  - Stellungnahme zur AGO-Stellungnahme zur Risikoabwägung des BfS
  - Sachstand Umsetzung Sonderbetriebsplan 01/2016
  - Verfahrensstand Zwischenlagersuche
  - Verwertung der Zutrittslösung
  - Schacht 5
  - 3D-Seismik
- TOP 9: Bericht aus der AGO
- Bergetechnik
- TOP 10: Fragen aus der Bevölkerung
- TOP 11: Verschiedenes
- TOP 12: Terminabsprachen
- 

### **TOP 1: Eröffnung der Sitzung**

Frau Steinbrügge begrüßt die Teilnehmenden und eröffnet die Sitzung.

### **TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

### **TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **TOP 4: Situation im Begleitprozess**

Frau Steinbrügge teilt mit, dass die Hauptverwaltungsbeamten (HVBs) der Samtgemeinden Sickinge und Elm-Asse, der Stadt Wolfenbüttel und des Landkreises Wolfenbüttel den „Strukturvorschlag“ auf einer Sondersitzung am 3.2.17 vorgestellt haben.

Frau Steinbrügge stellt heraus, dass der Strukturvorschlag nur die kleine a2b betrifft. Anregungen zu dem Vorschlag werden bis zum 31.03.17 gesammelt. Dann werden die Anregungen zusammen mit den HVBs und der a2b diskutiert. Die Empfehlung des endgültigen Strukturvorschlages erfolgt schließlich an die A2B und die Ministerien und Behörden.

Zu den Einzelheiten des Strukturvorschlages wird heute keine Auskunft gegeben. In der großen A2B ändert sich zurzeit nichts. Die Sitzungen im Jahresverlauf finden weiterhin statt. Die erste Phase betrifft zunächst die kleine a2b. Nach den Sommerferien soll der abgestimmte Vorschlag in die regionalen politischen Gremien gehen. Danach folgt die zweite

Phase mit der Beratung in der großen A2B. In diesem Zusammenhang werden Fragen der Rollen, Verantwortlichkeiten und Schnittstellen betrachtet.

Herr Kramer fragt, ob in der zweiten Phase noch Anregungen aufgenommen werden können.

Frau Steinbrügge verweist auf das Gesagte: Die Organisation der a2b klein liegt bei den regionalen Vertreterinnen und Vertretern. Wenn es in der zweiten Phase um Fragen der Zusammenarbeit auf Ebene der A2B groß geht, werden auch die Anregungen der übrigen Beteiligten aufgenommen.

Frau Wiegel berichtet aus Sicht der a2b vom Fachgespräch im Bundesumweltausschuss am 18.01.17. Sie erwähnt das Anschreiben, das die a2b vorab an die Vorsitzende und die Ausschussmitglieder, an die Bundesumweltministerin sowie an den Umweltminister des Landes Niedersachsen gesendet hat. Sie trägt die wesentlichen Inhalte dieses Anschreibens vor.

Frau Wiegel gibt die textliche Ausarbeitung ihres Kurzvortrages zum Protokoll (Anlage).

Frau Wiegel weist auf nachfolgende Veranstaltungen hin:

- **15.02.17** in Wolfenbüttel/ Rathausaal: Gäste aus Japan berichten zu Fukushima
- **16.02.17** in Remlingen/ Dorfgemeinschaftshaus: Gäste aus Japan berichten zu Fukushima und Frau Wiegel berichtet zu Asse II

Frau Steinbrügge lädt zum öffentlichen Fachgespräch ein:

- **02.03.17** in Remlingen/ Dorfgemeinschaftshaus: Niedrigstrahlung und Gesundheit.

## **TOP 5: Bericht aus dem NMU**

Herr Lauenstein erläutert die Aufgaben der Fachaufsicht. Alle bergrechtlichen Betriebspläne des Betreibers liegen dem NMU vor. Das NMU nimmt ebenfalls Einsicht in die Unterlagen der Endlagerüberwachung (EÜ). Stellungnahmen der AGO, BGR, u. ä. werden berücksichtigt. Der Zulassungsentwurf wird ebenso berücksichtigt. Meldungen (z. B. Unfälle, Meldeschwellenüberschreitungen der Zutrittslösung) werden vom LBEG weitergeleitet und vom NMU aufgenommen.

Das NMU nimmt regelmäßig teil an den AGO-Sitzungen sowie an Besprechungen des Betreibers mit dem LBEG.

Das NMU ist beteiligt am Leitungskreis der A2B.

Herr Lauenstein gibt die Textfassung des Berichtes aus dem NMU zum Protokoll (Anlage).

Diskussion:

Herr Wiegel: Was verstehen Sie unter fachlichem Controlling? Was heißt: Es wird fachlich nicht alles ständig geprüft?

Herr Lauenstein: Das NMU übt bei den Zulassungsverfahren gegenüber der üblichen Fachaufsicht eine verstärkte fachliche Begleitung aus.

Herr Hoffmann: Die Genehmigungsunterlagen gehen zuerst in die EÜ (Atomrecht), dann gehen die Unterlagen ins LBEG (Bergrecht). Wie wird mit einem „Mischproblem“ umgegangen? Werden die Querverbindungen ausreichend gewichtet?

Herr Lauenstein: Formal gibt es diese Mischprobleme nicht. Das LBEG achtet darauf, dass es zwischen den beiden rechtlichen Entscheidungen keine rechtlichen Friktionen gibt. Die EÜ führt ein eigenständiges Verfahren durch (jetzt beim BfE; Prüfung nach Prüfkodex des BMUB).

Herr Krupp: Wieso gibt es keine schriftliche Auseinandersetzung mit den Stellungnahmen der AGO, insbesondere beim Sonderbetriebsplan 01/2016?

Herr Lauenstein: Die Frage der Dokumentation von Stellungnahmen der AGO wird ernsthaft geprüft werden, auch im Hinblick auf die bergrechtlichen Zulassungen.

Herr Laske: Die Bergbehörde erteilt in der Regel erst ihre Zulassung, wenn die EÜ ihre Genehmigung erteilt hat.

Frau Wiegel verweist auf das Atomgesetz, das die Arbeit nach dem Stand von Wissenschaft und Technik verlangt, und demnach gehören alle wissenschaftlichen Stellungnahmen ins Antrags- und Genehmigungsverfahren. Sie bittet, den Betreiber und die Ministerien dem entsprechend zu verfahren.

Herr Bertram äußert Unverständnis darüber, dass die AGO-Stellungnahmen nicht berücksichtigt und gewichtet worden sind. Wenn das nach den gültigen Vorschriften nicht erforderlich ist, wäre es Pflicht, die gesetzlichen Vorgaben zu ändern.

Herr Lauenstein: Wie die Unterlagen eingebunden werden, entscheidet zunächst einmal der Betreiber im Rahmen der Antragsstellung.

Herr Riekeberg: Was bedeutet nach dem „Stand von Wissenschaft und Technik“ in Bezug auf die Berücksichtigung von wissenschaftlichen Stellungnahmen?

Frau Sefzig: Im Atom- und Strahlenschutzrecht geht es bei dem Begriff „Stand von Wissenschaft und Technik“ um Maßnahmen der Schadensvorsorge, die erfüllt sein müssen.

Frau Steinbrügge: Das Thema Umgang mit den Empfehlungen aus dem Begleitprozess beschäftigt zurzeit die a2b. Ziel ist es, entsprechende Anforderungen zu formulieren.

Herr Leist berichtet zum Stand der atom- und strahlenschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

## **TOP 6: Bericht aus dem LBEG**

Herr Rückwald zeigt eine PowerPoint-Präsentation. Der Vortrag wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Krupp: Der Punkt „Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit“ fehlt in ihrer Darstellung. Wie sieht diese Prüfung aus?

Herr Leist: Alle erforderlichen Nachweise, die für die Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen nach BBergG im Genehmigungsverfahren erforderlich sind, müssen vorliegen.

Herr Rückwald: Es findet keine Prüfung von Alternativen statt.

Frau Steinbrügge zitiert sinngemäß Herrn König im Umweltausschuss: Der Betreiber legt die Unterlagen gemäß seinem Konzept vor.

Herr Schillmann sieht z. B. die Möglichkeit, unter Punkt 3 der Zulassungsvoraussetzungen nach BBergG „Vorsorge gegen Gefahren für Leben, Gesundheit...“ die AGO-Argumente zu berücksichtigen.

Frau Jagau: 2016 waren Endlagerüberwachung und Betreiber behördenidentisch. Von wann ist das Bundesberggesetz? – Von 1981.

Herr Kramer fordert die beteiligten Behörden auf, die Empfehlungen der a2b schriftlich nachvollziehbar zu berücksichtigen, wenn der Begleitprozess von allen ernst genommen wird.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass die Berücksichtigung von AGO Unterlagen im Genehmigungsverfahren mit dem Begleitprozess als solchem nichts zu tun haben, sondern eine rein fachliche Frage sind.

## **TOP 7: AGO-Verträge**

Frau Steinbrügge weist darauf hin, dass die AGO-Verträge nur bis Mitte des Jahres verlängert worden sind. Auf hiesiges Antragschreiben aus November gab es noch keine Antwort.

Frau Sefzig gibt ihre Antwort zum Protokoll (Anlage).

Frau Steinbrügge: Die Verbindung zu ziehen zwischen der Strukturveränderung innerhalb der a2b und den AGO-Verträge ist von hier nicht zu verstehen.

Frau Steinbrügge betont, dass die A2B weiterarbeitet, und es keinen Grund gibt, die Verträge nicht mindestens bis zum Jahresende zu verlängern.

Frau Jagau: Es muss freie Wissenschaftler für die Region geben.

Herr Schröder: Mit dem Asse2 Begleitprozess betritt man ebenso Neuland wie mit der Rückholung. Die Neustrukturierung beansprucht Zeit.

Frau Sefzig ist davon ausgegangen, dass der Strukturvorschlag umfassender gewesen wäre und schon im Januar vorgelegen hätte und somit die Verlängerung über den Juni hinaus jetzt hätte auf den Weg gebracht werden können.

Frau Steinbrügge: Jetzt gilt es, Wege zu finden, wie wir über den 30.06.17 hinaus, die Verträge verlängern können.

Frau Wiegel an Frau Sefzig: Haben Sie Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit? Was erwarten Sie von der Begleitgruppe?

Herr Schillmann: Wir haben auf der letzten Sitzung gesagt, dass die Verträge für ein Jahr verlängert werden sollen. Herr Schillmann schlägt eine mindestens einjährige Verlängerung mit Kündigungsklausel vor.

Frau Sefzig: Der Bund wollte und will nicht steuernd eingreifen.

Frau Stelljes weist auf die Schreiben des BfS von 2013 und 2014 hin. Aus Betreibersicht benötigen wir ein Verfahren, wie wir auch bei Dissensen möglichst zügig Entscheidungen treffen können.

Frau Wiegel weist darauf hin, dass das Schreiben von Herrn König von 2013 bei uns zu Unverständnis geführt hat, denn bis dahin gab es noch keinen Streit.

Herr Wypich bittet, das Schreiben der a2b vom 08.11.16 in dem Sinne zu beantworten, dass die Verträge um ein Jahr verlängert werden sollen.

Frau Steinbrügge: Die Möglichkeiten der Vertragsverlängerung werden auf Arbeitsebene geklärt.

## **TOP 8: Bericht aus dem BfS**

### **- Rückholungsplanung**

Herr Laske präsentiert einen Folienvortrag. Dieser wird dem Protokoll beigelegt (Anlage).

Diskussion:

Herr Wypich fragt nach konkreten Abschlussterminen. - Herr Laske antwortet:

- Konzeptplanung 750-m-Sohle: Anfang 2019
- Konzeptplanung 725-m-Sohle: Ende 2017.
- Konzeptplanung 511-m-Sohle: noch offen.

Frau Jagau wünscht vom BfS Berichte über die meldepflichtigen Ereignisse mit Kommentierung als künftigen TOP.

Herr Schröder: Ist eine vorgezogene Rückholung über Schacht II? - Antwort: Die Störfallsicherheit muss gewährleistet sein.

Frau Jagau: Können aus den übertägigen Sammelbecken Laugen in den Schacht oder in den Lüfter fließen? – Antwort: Nein. Die Becken sind doppelwandig ausgeführt mit Leckageüberwachung ausgestattet.

Herr Wiegel: Welche Störfallbetrachtungen wurden für die oberirdischen Flüssigkeitsläger angestellt?

### - **Stellungnahme zur AGO-Stellungnahme zur Risikoabwägung des BfS**

Herr Laske: Die AGO wird sich damit beschäftigen. Die unterschiedlichen Sichtweisen sind in der Stellungnahme dargestellt worden.

Frau Steinbrügge: Die Stellungnahme ist an das BfS mit Anmerkungen zurück geschickt worden.

Frau Wiegel schlägt vor, diesen Punkt das nächste Mal auf die Tagesordnung zu nehmen.

### - **Sachstand Umsetzung Sonderbetriebsplan 01/2016**

Herr Trautmann gibt bekannt, dass vorbereitende Maßnahmen umgesetzt werden.

Frau Jagau: Haben Sie erweiterte Erfahrungen mit den Drainagebohrungen über die zwei Jahre hinaus?

Trautmann/ Laske: Die Schachtringe befinden sich auf der 750-m-Sohle und werden in Sorelbeton eingefasst, so dass diese von den Konvergenzprozessen weitestgehend fern gehalten werden.

Herr Krupp: Wann wird die Strecke ausbetoniert? Wie groß ist das Einzugsgebiet der Fassungsstellen?

Herr Trautmann: Mitte des Jahres beginnen die Verfüllmaßnahmen. Zu dem Einzugsgebiet können noch keine Aussagen getroffen werden.

### - **Verfahrensstand Zwischenlagersuche**

Herr Laske zeigt dazu zwei Folien, diese liegen dem Protokoll bei (Anlage).

Frau Jagau: Was nutzen Sie als Quellenangaben zum Thema Baugrund? – Antwort: Wir führen Plausibilitätsbetrachtungen durch, keine Baugrunduntersuchungen.

Herr Wypich bittet um die Bekanntmachung von Zwischenergebnissen. – Antwort: Das Endergebnis wird in öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt. Die Arbeiten werden entsprechend dem abgestimmten Kriterienkatalog durchgeführt.

Herr Schillmann fragt nach dem Termin der Fertigstellung. – Antwort: Es ist noch kein Abgabetermin vorhanden.

Der Betreiber wird nach dem oben beschriebenen Verfahren eine Fläche vorschlagen und die Auswahl begründen und mit der A2B diskutieren.

Frau Wiegel merkt an, dass zu einem fairen Vergleich andere Asse-ferne Standorte betrachtet werden müssen.

Herr Kramer erwartet, dass Zwischenberichte zum Zwischenlager in der A2B abgegeben werden.

Herr Wiegel: Die Parameterstudie ist fehlerhaft mit stark überhöhten Annahmen für die Transportbelastung. Herr Wiegel verweist auf seine Stellungnahme vom 18.09.2016 (Anlage).

Herr Riekeberg weist darauf hin, wenn keine Standorte mit mehreren Kilometern Abstand zur Wohnbebauung verglichen werden, dann wird es Vorort keine Akzeptanz geben.

#### - **Verwertung der Zutrittslösung**

Herr Laske: Die Abgabe der Zutrittslösung erfolgt planmäßig. Die Verwertung der Zutrittslösung für den Normalbetrieb ist sichergestellt. Ein Vertrag ist abgeschlossen.

Herr Bertram zitiert aus dem Forschungsprogramm zum Strahlenschutz 2013-2017, S. 43. Liegen diese Untersuchungsergebnisse vor? - Herr Laske möchte dem nachgehen.

Herr Bertram fragt nach dem Bericht „Beprobung und Analyse von Salzlösungen“ von Frau Seidel – Antwort: Der Bericht wurde über das KIT den Experten der AGO bereitgestellt.

Herr Kramer fragt nach dem Abnehmer und der Art der Verwertung. – Herr Laske verweist auf Vertraulichkeit.

#### - **Schacht 5**

Herr Laske: Die Sprengversuche sind abgeschlossen. Die Anlagen sind zurückgebaut. Der Bauplatz im Wald wird zurückgebaut werden. Die untertägige Erkundungsbohrung 574-3 läuft noch, EMR-Messungen werden durchgeführt.

Frau Jagau: Liegen die Analysedaten zu den vorgefundenen Lösungen vor? – Antwort: Es sind geogene intrasalinare Lösungen.



Herr Wiegel: Welchen zeitlichen Vorteil bringt Schachtabteufen mittels Sprengungen? –

Antwort: Die sprengtechnischen Untersuchungen dienen dazu, die maximalen Geschwindigkeiten beim Schachtabteufen zu ermitteln.

### - **3D-Seismik**

Herr Laske: Die Rückmeldungen zu den Musterverträgen fehlen noch.

Herr Wiegel: Warum sind die Verhandlungen mit dem Landvolk im Frühjahr 2016 abgebrochen worden und neue Verträge erst im Herbst/Winter vorgelegt worden? –

Antwort: Auf Wunsch des Landvolkes sind die Vegetationsperioden berücksichtigt worden, und das Messkonzept wurde überarbeitet.

## **TOP 9: Bericht aus der AGO**

### - **Bergetechnik**

Herr Hoffmann: Der Bericht 5 und der Abschlussbericht sind von der AGO kritisch kommentiert worden: mangelnde wissenschaftliche Darstellung der Entwicklungspotentiale, Konzentration nur auf trockenen Abfall.

Herr Wiegel: Bisher wurden nur bautechnische Belange untersucht. Wann werden maschinenbautechnische Belange betrachtet, wie Betrieb unter kontaminierter Salzlauge bezüglich z. B. Korrosion und Verschleppung in Hydraulikflüssigkeiten?

## **TOP 10: Fragen aus der Bevölkerung**

Frau Kuchenbecker an Herrn Rückwald:

Zu „Gemeinschädlichen Einwirkungen“: Auf welchen Zeitraum sind diese gemeint? Wie stellen Sie sicher, dass alle gemeinschädlichen Einwirkungen berücksichtigt werden?

Herr Rückwald: Es wird kein Zeitraum betrachtet. Es wird das Vorhaben beurteilt.

Frau Kuchenbecker zu den AGO-Verträgen: Warum laufen die Verträge über das KIT und nicht über den a2b-Etat?

Herr Eilers: Die Situation ist gewachsen (damals BMBF).

Frau Kuchenbecker: Wie viele Standorte bei der Zwischenlagersuche werden verglichen? Bis zu welchem Radius reichen die Flächen?

Herr Laske: Es gibt keine Aussage zu der Anzahl der Standorte. Die Entfernung ergibt sich durch sinnvolle Anbindung an das Betriebsgelände.

## **TOP 11: Verschiedenes**

Frau Wiegel: Es sollte künftig ein fester Zeitpunkt für die Bürgerfragestunde festgelegt werden.

## **TOP 12: Terminabsprachen**

Die nächste A2B-Sitzung findet statt am 12. Mai 2017.

gez.

K. Geffers

## **Anlagen:**

- Bericht von der Bundesumweltausschusssitzung (Frau Wiegel)
- Bericht aus dem MNU
  - Fachaufsicht und Zusammenwirken MU / LBEG / Betreiber (Herr Lauenstein)
  - Genehmigungen nach § 8 AtG und § 7 StrlSchV (Herr Dr. Leist)
- Bericht aus dem LBEG
  - Präsentation „Bergrechtliche Verfahren“ (Herr Rückwald)
- Position des BMUB zu AGO-Verträgen (Frau Sefzig)
- Schreiben aus dem BfS (Frau Stelljes)
  - Brief des Präsidenten vom 05.09.2013
  - Diskussionspapier vom 21.07.2014
- Bericht aus dem BfS
  - Präsentation „Rückholungsplanung“ und „Standortauswahl Zwischenlager“ (Herr Laske)
- Stellungnahme zu Parameterstudien, 2. südliche Richtstrecke, Drainage, Topfmodell vom 18.09.2016 (Herr Wiegel)